



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 21. und 22.06.2017

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 9 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 78 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Fachausschuss Oberösterreich

Antrag auf Bezahlung der Differenzbeträge nach rechtskräftigem Gerichtsurteil zur Neuberechnung der besoldungsrechtlichen Einstufung

Fachausschuss Wien

Antrag betreffend Aufhebung des Gehaltskürzungserlasses für die Polizeischüler/innen und Wiedereinführung der E2c-Stellung

Antrag auf Vorziehung des Ausbildungsmodules für die Insp-GFB und rasche Ausbildung zum E2b und Zuordnung zu den Wiener Dienststellen

Antrag auf Einstellung bzw. Aussetzung von „Win-Cash“

Fachausschuss Salzburg

Antrag auf dringende und umfassende Information der betroffenen VB/S-FGB über die noch im Jahr 2017 beginnenden Ergänzungskurse

Antrag auf Ausrüstung der Dienst-Motorräder mit fix montierten Funkgeräten und Beschaffung und Zuweisung von Airbagwesten für Dienst-Motorrad-Fahrer

Dienststellenausschuss bei der SIAK

Antrag betreffend Wertigkeit der E2a-hauptamtlichen Lehrer, besoldungsrechtlicher Besserstellung der Lehrer und Problemen im Zusammenhang mit dem BZS als Einsatzreserve der Sektion II



Zentralausschuss

Antrag auf Einstellung der geplanten Ausbildungen von VB/S-FGB für eine GSOD-Einheit (ODE). Die betreffenden Bediensteten sollten erst nach Absolvierung der Vollausbildung und einer GSOD-Ausbildung in GSOD

Antwortschreiben

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten und gleichlautenden Antrag des FA Steiermark betreffend Festlegung eines Zeitrahmens für die Vollausbildung der VB/S-AGM, Klaren Kompetenzen und Ermächtigungen und Vollausbildung analog der Polizeigrundausbildung

Die ersten Ergänzungsausbildungen der VB/S zur Verwendung im grenz- und fremdenpolizeilichen Bereich werden im September 2017 (siehe weiter unten) mit einer Dauer von 9 Monaten starten. Diese Ergänzungsausbildung endet analog der 2jährigen Polizeigrundausbildung mit einer Dienstprüfung.

Neben dem speziellen Aufgabenbereich der Ausgleichsmaßnahmen, stehen den VB/S-AGM sämtliche Befugnisse eines Organes des öffentlichen Sicherheitsdienstes zur Verfügung.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark betreffend Vereinheitlichung von Ad-hoc Mehrdienstleistungen

Die Forderung des Fachausschusses würde aus Sicht des BM.I zu einer sachlich nicht zu rechtfertigenden Bevorzugung gegenüber Bediensteten mit voller Wochendienstzeit führen, weil davon auszugehen ist, dass Bedienstete in Vollbeschäftigung (40 Stunden) durch Mehrdienstleistungen mehr belastet werden, als Bedienstete mit herabgesetzter Wochendienstzeit. Als Konsequenz dieser Überlegung hat der Gesetzgeber die Überstundenzuschläge von Bediensteten mit herabgesetzter Dienstzeit bis zum Erreichen eines Gesamtausmaßes von 40 Wochenstunden mit 25 Prozent begrenzt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend Kosten für die gesamte Werbekampagne für die LPD Kärnten im Hinblick auf das Projekt „GEMEINSAM.SICHER“

Im Zusammenhang mit den Werbekampagnen anlässlich der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ sind keine Kosten zu Lasten der Landespolizeidirektion Kärnten angefallen.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Wien betreffend abwechselnder Verwendung von Polizeibussen für den Transport von Flüchtlingen und Polizeibediensteten

Die Polizeibusse in Wien werden grundsätzlich für die Dienstverrichtung und den Transport von Polizeibediensteten verwendet. Anlassbezogen werden mit diesen Bussen auch Festgenommene, Flüchtlinge und andere Zivilpersonen transportiert. Dazu wird die Verwendung von eigens angekauften Sitzbezügen sowie die regelmäßige gründliche Reinigung und die Desinfektion der Busse nach einem Transport von Flüchtlingen als ausreichend beurteilt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Tirol auf Einstellung des mittels Erlass bei den Landespolizeidirektionen eingeführten GSOD-Tools

Bisher wurden sämtliche Administrationen über diverse Excel-Listen der EE abgewickelt, Kontrollen teilnehmender Bediensteter erfolgten in Papierform und der Abschluss des Einsatzes sowie die besoldungsrechtliche Abgeltung mussten händisch nachadministriert werden. Diese Vorgehensweise ergab einen erheblichen organisatorischen und zeitlichen

Aufwand für die Leiter der Einsätze und vor allem für die Dienstplaner. Um diesen Aufwand zu verringern, wurde für die Abwicklung von Großen Sicherheitspolizeilichen Ordnungsdiensten das GSOD-Tool gemeinsam mit Praktikern der LPD Wien, Niederösterreich und Kärnten entwickelt. Eine Nachschulung von Anwendern zur besseren Nutzung wird seitens des Dienstgebers angeboten.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der FA Steiermark, Kärnten, Burgenland, Niederösterreich und Wien auf Bewertungsverbesserungen im Bereich der Landeskriminalämter

Wird in der zwischen Dienstgebervertretern und Personalvertretern eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema „Bewertungsverbesserungen“ behandelt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich betreffend sichtbarer Tätowierungen bei Polizeibediensteten

Es ist seitens der Abteilung II/1 die Adaptierung der Allgemeinen Polizeidienststrichlinie (APD-RL) – speziell in diesem Bereich – vorgesehen. Der Punkt 2.2 Auftreten, soll um den Unterpunkt 2.2.1 Erscheinungsbild erweitert und konkretisiert werden.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Vorarlberg auf Ankauf von LED-Blinkleuchten für Streifenfahrzeuge zur Ausrüstungsverbesserung

Im Zuge einer Erprobung des im Antrag angeführten Produktes im Jahr 2015 durch das Referat IV/1/a wurde festgestellt, dass die Lichtaustrittsfläche dieser Leuchten gegenüber einem anderen vergleichbaren Produkt nur ca. halb so groß ist und diese Leuchtmittel nicht die erforderliche EU-Norm erfüllen. 15 Stück LED-Warnleuchten der neuen Generation wurden 2016 bereits von der LPD Vorarlberg abgerufen. Der Antrag wird deshalb abgelehnt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der AUF/FEG betreffend des Ausschlusses von der Grundausbildung bei Nichterreichen des Ausbildungszieles

Zum gegenständlichen Antrag wird mitgeteilt, dass der Entwurf der neuen Grundausbildungsverordnung für den Exekutivdienst die einvernehmliche Entscheidung über den Ausschluss von der Grundausbildung zwischen Dienstbehörde und Lehrgangleiter (Leiter/Leiterin des jeweiligen BZS) vorsieht. Kommt kein Einvernehmen zustande, liegt die Entscheidung bei der Abteilung I/1. Somit ist eine bundesweit einheitliche Entscheidungspraxis gewährleistet.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der FSG betreffend Umsetzung der E2b-Zulage NEU, NZG und Bewertungsverbesserungen

Aufwertung und Verbesserung der E2b-Zulage - Werden in der zwischen Dienstgebervertretern und Personalvertretern (aller Fraktionen) eingerichteten Arbeitsgruppe zu diesem Thema behandelt.

Erhöhung der NZG auf 1,5 Stunden pro Nachtdienst – Ein entsprechender Antrag wurde beim Bundeskanzleramt bereits eingebracht, die Antwort steht noch aus.

Bewertungsverbesserungen - Werden in der zwischen Dienstgebervertretern und Personalvertretern (aller Fraktionen) eingerichteten Arbeitsgruppe zu diesem Thema behandelt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag auf Verbesserung und Schaffung neuer Bewertungsstrukturen auf den BPK/SPK

Wird in der zwischen Dienstgebervertretern und Personalvertretern eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema „Bewertungsverbesserungen“ behandelt.

BM.I: Ergänzungsausbildung für die VB/S-FGB – Einberufung und Kursaktivierung folgender Teilnehmer

Folgende Lehrgangsbezeichnungen sind für die erste Tranche (8 Klassen) vorgesehen:

neue Lehrgangsbezeichnung Ergänzungsausbildung	ehemalige Lehrgangsbezeichnung Basisausbildung
P-FGB01-17 - W	B-FGB01-16-W
P-FGB02-17 - K	K-FGB02-16
P-FGB03-17 - S	K-FGB03-16-S
P-FGB04-17 - N	N-FGB04-16
P-FGB05-17 - O	O-FGB05-16
P-FGB06-17 - T	T-FGB06-16
P-FGB07-17 - St	Tr-FGB07-16-St
P-FGB08-17 - W	Tr-FGB08-16-W

Kursbeginn: 01.09.2017

Kursort: BZS St. Pölten, 3100 St. Pölten, Europaplatz 2

BZS-Erreichbarkeit – Mail: *BMI I/9 BZS_St._Pölten - TelNr.: 059133/92-8366

Ansprechperson: FachInsp Angela LANDSTETTER

Schadensfälle:

Am 20.06.2017 wurden 52 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentrallausschuss insgesamt 289 eingehende Schriftstücke behandelt.

Der Zentrallausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen erholsamen Urlaub!

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT
Vorsitzender Stv.

